

Bielefelder Appell – Update 2021

Was sagen die Parteien?

Am 12.08.2021 haben wir die im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der AfD um eine Stellungnahme gebeten. Im Folgenden sind die bis 18.09.2021 (eine Woche vor der Bundestagswahl) eingegangenen Antworten wiedergegeben:

CDU – Christlich Demokratische Union Deutschlands

Keine Antwort

SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Antwort auf den nächsten Seiten

Freie Demokratische Partei

Antwort des Landesverbandes NRW auf den nächsten Seiten

Die Linke

Antwort auf den nächsten Seiten

Bündnis 90/Die GRÜNEN

Antwort auf den nächsten Seiten

CSU – Christlich-Soziale Union in Bayer e.V.

Keine Antwort

Den Text des Bielefelder Appells 2021 und Hintergrundmaterial finden Sie unter http://www.sivus.net/Organisatorisches/Veroffentlichungen/V_Download/Texte_41-50/Text_47/text_47.html

und den Bielefelder Appell 2012 unter http://www.sivus.net/Weitere_Themen/Bielefelder_Appell/bielefelder_appell.html

Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans

Die Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Stiftung Bethel - GMAV

Christian Janßen

Karl-Siebold-Weg 9

33617 Bielefeld

08.09.2021

Lieber Herr Janßen,

besten Dank für die Informationen zu Ihrer Aktion Bielefelder Apell und die Übersendung der Forderungen, die wir sehr gerne gelesen haben. Denn sie sind weitestgehend deckungsgleich mit den Einschätzungen und Lösungen, die im Zukunftsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2021 zu finden sind. Daher freuen wir uns darüber, dass wir die richtigen Probleme erkannt haben und die benötigten Lösungen anbieten.

Um konkreter zu werden, beantworten wir sehr gerne den zugeschickten Fragenkatalog:

1. Ökonomische Faktoren in der Arbeit mit Menschen dürfen nicht mehr im Vordergrund stehen, die Finanzierung muss wieder allein an den pädagogischen und pflegerischen Bedarfen der zu Betreuenden und der Qualität der Betreuung ausgerichtet werden.

In der Corona-Krise wurde deutlich, dass Gewinnmaximierung und Kostenminimierung nicht das Maß aller Dinge sein dürfen. Gesundheitsversorgung und Erziehung sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und dürfen nicht nach einer Profitlogik aufgebaut werden. Wir wollen die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen beenden, weil sie sich negativ auf die Versorgung und die Arbeitsbedingungen auswirkt.

2. Nachholende Investition in die Daseinsvorsorge heißt: Anständige Gehälter in allen Arbeitsfeldern durch einen Tarifvertrag Soziales bzw. durch eine Orientierung aller Entgeltordnungen am Referenztarif im TvÖD als Mindestgehalt. Schrittweise Anhebung der Gehälter in Krankenhaus, Altenhilfe, Eingliederungshilfe, Jugendhilfe, Beratung regional und überregional an das Niveau in der Industrie.

Wir wollen die sozialen Berufe attraktiver machen. Dazu gehören höhere, sachgerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, die eine Work-Life-Balance ermöglichen. Unsere Lösung für bessere Löhne: allgemeinverbindliche Branchentarifverträge und eine abgesicherte Refinanzierung dieser Löhne. Der TVöD kann als verpflichtender Referenzmaßstab gelten. Die Festlegung der Höhe der Löhne bleibt allerdings Aufgabe der Tarifparteien.

3. Gesetzlich verankerte, fachkraftbezogene Standards für die Personalbemessung müssen in allen sozialen Arbeitsfeldern festgelegt werden. An deren Verhandlung müssen Mitarbeiterinnen aus der Praxis beteiligt werden.

Wir setzen uns für brancheneinheitliche, bedarfsorientierte und wissenschaftlich evaluierte Personalschlüssel ein, die gute Arbeitsbedingungen und eine hohe Leistungsqualität ermöglichen. Bei der Festlegung dieser Personalschlüssel in den Branchenverträgen wird durch die Vertragspartner die Erfahrung aus der Praxis in die Verhandlungen eingebracht. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass diese Erfahrung in den gesetzgeberischen Prozessen gehört wird. Wir wollen, dass die Pflege sowie andere soziale Berufe in Entscheidungsgremien auf Bundes- und Landesebene besser vertreten sind.

4. Soziale Arbeit muss in Vollzeit gesundheitlich bis zur Rente möglich sein, deshalb müssen Arbeitsbelastungen wie zunehmende Arbeitsverdichtung gestoppt werden. Die Schaffung gesunder Arbeitsbedingungen ist deren Voraussetzung, an deren konkreter Gestaltung die Mitarbeiterinnen zu beteiligen sind.

Wir unterstützen diese Forderung und wollen der Arbeitsverdichtung mit bedarfsgerechten Personalschlüsseln und Arbeitsbedingungen, die eine gute Work-Life-Balance ermöglichen, entgegenwirken. Den Einfluss der Mitarbeiter*innen auf die Arbeitsbedingungen vor Ort wollen wir durch mehr Tarifbindung und die Stärkung der Rechte der Personal- und Betriebsräte erreichen.

5. Dazu gehört auch die Reduzierung der Arbeitszeit in den sozialen Arbeitsfeldern auf 35-Stunden bei vollem Lohnausgleich, die auch Anreize für junge Fachkräfte bietet.

Zweifelsohne setzen wir uns für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in den sozialen Arbeitsfeldern ein. Die Gestaltung der Arbeitszeit soll allerdings die Domäne der Tarifverträge bleiben.

6. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Form von sachgrundlosen Befristungen, Zwangsteilzeit, geringfügigen Beschäftigungen, kapazitätsorientierten Verträgen oder Übungsleiterverträgen müssen gestoppt werden.

Die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne Sachgrund werden wir abschaffen und die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung kritisch überprüfen. Leiharbeiter*innen werden ab dem ersten Tag den gleichen Lohn erhalten wie Festangestellte. Die Corona-Krise hat erneut gezeigt, dass die soziale Sicherung der Minijobs unzureichend ist. Unser Ziel ist, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einzubeziehen. Dabei wird es Übergänge für bestehende Arbeitsverhältnisse und Ausnahmen für bestimmte Gruppen wie zum Beispiel Rentner*innen geben. Um die Nettoeinkommen von Gering-Verdienenden zu erhöhen, heben wir die Gleitzone der Midi-Jobs auf 1.600 Euro an. In dieser Zone zahlen die Arbeitnehmer*innen geringere Beiträge, ohne dass sie dadurch einen geringeren Rentenanspruch haben.

7. Die Vergabe von Teilhabe-, Pflege- und Gesundheitsleistungen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, darf nur an tariftreue Anbieter erfolgen.

In Deutschland werden gegenwärtig jährlich über 300 Milliarden Euro im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe umgesetzt. Gerade die öffentliche Hand muss als große Abnehmerin von Produkten und Dienstleistungen Verantwortung übernehmen. Wir haben in der Regierung bereits dafür gesorgt, dass ab September 2022 nur noch solche Einrichtungen mit der Pflegekasse abrechnen können, die Tariflöhne, Vergütungen nach dem kirchlichen Arbeitsrecht oder Löhne mindestens in gleicher Höhe bezahlen. Wir erhoffen uns damit eine Verbesserung bei den Löhnen für viele Pflegekräfte – bislang werden nur ungefähr die Hälfte der Pflegekräfte nach Tarif bezahlt.

8. Privatisierungen in der Daseinsvorsorge werden nicht mehr zugelassen, sie ist öffentliche Aufgabe angeboten durch öffentliche oder frei-gemeinnützige Träger.

Wir wollen die Kommerzialisierung in der öffentlichen Daseinsvorsorge beenden, weil sie sich negativ auf die Versorgung und die Arbeitsbedingungen auswirkt. Das bedeutet nicht, dass wir keine privaten Träger mehr zulassen. Denn es gibt auch schwarze Schafe bei den öffentlichen Einrichtungen und gute Beispiele bei den privaten Trägern. Es kommt also nicht allein auf die Trägerschaft der Einrichtung, sondern auf die Tarifbindung, gute Arbeitsbedingungen und eine hohe Qualität der Leistung an, die für alle verpflichtend sein müssen.

9. Die Systeme der Fallpauschalen (diagnosis-related-groups - DRG und dem Pauschalierenden Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik - PEPP) müssen eingestellt werden.

Wir wollen das Wohl der Patienten und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten als Qualitätsmerkmale in den Mittelpunkt stellen. Dazu wollen wir die DRG-Fallpauschalen zu einer bedarfsgerechten Grundfinanzierung durch ein modulares Vergütungssystem mit einer ergänzenden leistungs- und qualitätsorientierten Vergütung ausbauen. Mit dem neuen System werden plangerechte

Versorgungsstrukturen gesichert und zugleich Fehlanreize zur unangemessenen Mengenausweitung und zum Abbau der Kapazitäten beendet sowie neue Anreize zur Verbesserung der Versorgungsqualität eingeführt.

10. Systemrelevante Arbeit für die Daseinsvorsorge des Staates ist das Geld Wert. Wir brauchen ein Sozial- und Gesundheitswesen in öffentlicher Hand — nicht für Konzerne, Aktionäre oder Investoren, sondern für die Menschen und die Gesellschaft. Mitbestimmung ist dabei verbrieftes Recht.

Wir wollen eine stärkere Verantwortung des Staates im Sozial- und Gesundheitswesen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, denn in diesen Bereichen dürfen nicht die Spielregeln des Markts gelten. Die öffentliche Hand muss für die Verwendung von Mittel, die ja der Solidargemeinschaft gehören, klare Spielregeln definieren, so dass der pflegebedürftige oder erkrankte Mensch im Mittelpunkt steht, nicht der Aktionäre oder Investor. Die Stärkung der Sozialpartner sowie der Personal- und Betriebsräte ist dabei ein wichtiger Punkt.

11. Die Umwandlung des entwickelten selbstkostendeckenden Pflegebudgets in ein Pflegesystem lehnen wir ab. Krankenhäuser sollen kein Plus erwirtschaften müssen.

Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, sollen verpflichtend und weitestgehend wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen.

12. Wiederherstellung der Vermögens- und Unternehmensbesteuerung vor 2000.

Die Besteuerung von Einkommen werden wir gerechter gestalten. Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht.

Wir wollen die Vermögensteuer wieder in Kraft setzen, auch um die Finanzkraft der Länder für wichtige Zukunftsaufgaben zu verbessern. Wer sehr viel Vermögen hat, muss einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Deshalb werden wir unter anderem einen maßvollen, einheitlichen Steuersatz von einem Prozent für sehr hohe Vermögen einführen.

Die Erbschaftssteuer ist reformbedürftig. In ihrer gegenwärtigen Form ist sie ungerecht, da sie vermögende Unternehmenserben bevorzugt. Mit einer effektiven Mindestbesteuerung werden wir die Überprivilegierung großer Betriebsvermögen abschaffen. Auch für vermögenshaltende Familienstiftungen werden wir eine Mindestbesteuerung einführen.

Zugleich werden wir zukünftig globale Digitalunternehmen gerechter besteuern: Mit einer globalen Mindeststeuer werden wir dafür sorgen, dass Google, Amazon, Facebook und andere große Digitalunternehmen zukünftig einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

13. Einführung einer „Bürgerversicherung“ auf alle Einkommensarten ohne Bemessungsgrenze. Als Sofortmaßnahme ist die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze für die GKV auf die Höhe der Rentenversicherung umzusetzen.

Wir werden die Bürgerversicherung einführen, die eine Beitragserhebung auf alle Einkommensarten beinhaltet, was der modernen Erwerbswelt, in der viele Einkommensarten nebeneinander funktionieren, entspricht. Zudem wollen wir die Bemessungsgrenze zur Beitragserhebung für die gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherungen regelmäßig anpassen.

Wir freuen uns über Rückenwind von Ihnen für die von uns geplanten Reformen, ebenso über eine Fortsetzung dieses Dialogs.

Mit besten Grüßen



Saskia Esken

Norbert Walter-Borjans

Zum Bielefelder Appell und den damit verbundenen Fragen:

Wir Freie Demokraten stehen für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, das allen Menschen eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sichert. Zugleich wollen wir die Chancen des medizinischen und digitalen Fortschritts nutzen. Dabei wollen wir die Vielfalt öffentlicher, privater und konfessioneller Träger erhalten. Bei der Krankenhausfinanzierung wollen wir das derzeitige System der Fallpauschalen weiterentwickeln. Seit der Einführung des DRG-Systems orientieren sich Vergütungen stärker am tatsächlichen Aufwand einer Behandlung. Die vorher im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Liegezeiten haben sich +deutlich verkürzt. Allerdings müssen die Pauschalen regelmäßiger überprüft und an die tatsächlich notwendigen Bedarfe angepasst werden. Zudem treten wir für eine Ergänzung durch Vorhaltepauschalen ein, die einerseits die Erreichbarkeit im ländlichen Raum und andererseits spezialisierte Versorgungsangebote sichern sollen.

Die Beschäftigten in der Care-Arbeit haben Anspruch auf leistungsgerechte und attraktive Vergütungen, die ihre fachliche Qualifikation widerspiegeln. Aus Sicht der Freien Demokraten liegt die Verantwortung für die Höhe von Arbeitsvergütungen vorrangig in der Autonomie der Tarifpartner. Allerdings müssen Steigerungen von Arbeitsentgelten auch durch entsprechende Anpassungen der Vergütungen von Leistungen refinanziert werden können. Dies gilt für die Pflegesätze in der ambulanten und stationären Altenpflege ebenso wie für die Vergütungen von Krankenhausleistungen.

Die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften sind durch hohe psychische und physische Belastungen sowie Zeitdruck gekennzeichnet. Neben angemessenen Personalschlüsseln brauchen wir für bessere Arbeitsbedingungen auch verlässliche Dienstpläne, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine gezielte betriebliche Gesundheitsförderung zum Abbau von physischen und psychischen Belastungen sowie eine Reduzierung von Bürokratie. Pflegedokumentation muss sich auf die Ereignisse und Leistungen konzentrieren, die von Pflegeplanung und Routinetätigkeiten abweichen. Durch die verstärkte Nutzung von digitalen Anwendungen, Automatisierung sowie Assistenzsystemen können wir den Aufwand für Bürokratie und Dokumentation vermindern, Pflegekräfte bei Routine-Abläufen unterstützen und so mehr Zeit für Zuwendung zu den pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung stellen.

Wir Freie Demokraten wollen das duale System mit dem Wettbewerb von gesetzlichen Krankenkassen und privaten Versicherungsunternehmen erhalten, da es den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland eine qualitativ hochwertige Versorgung mit Gesundheitsleistungen sichert. Der Systemwettbewerb stellt sicher, dass sich die Gesetzliche Krankenversicherung mit der Einführung von Innovationen beschäftigen muss. Hingegen zeigen andere Staaten, dass staatlich vereinheitlichte Gesundheitssysteme in der Regel mit langen Wartezeiten für fast alle Patienten, teilweise hohen Zuzahlungen, Rationierungen sowie Einschränkungen der freien Arztwahl verbunden sind.

Wir Freie Demokraten lehnen eine einmalige Vermögensabgabe ebenso ab wie die Wiederbelebung der Vermögensteuer. Beides ist für unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft ein Hemmschuh bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, weil den Unternehmen Liquidität unabhängig von deren Ertragslage entzogen wird. Zudem wäre die Erhebung einer Vermögenssteuer mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand verbunden.

Janine Wissler, MdL
Parteivorsitzende

Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Telefon: 030/24009-530
Telefax: 030/24009-631

E-Mail: buero.parteiositz@die-linke.de
www.die-linke.de

DIE LINKE • Parteivorsitzende • Kleine Alexanderstraße 28 • 10178 Berlin

Christian Janßen
v. Bodelschwingsche Stiftungen
Stiftung Bethel
Gesamtmitarbeitendenvertretung i.D.
Karl-Siebold-Weg 9
33617 Bielefeld

Per E-Mail

Berlin, 13. August 2021

Lieber Christian Janßen, liebe Betriebsräte und Mitarbeitendenvertretungen!

Vielen Dank – auch im Namen von Dietmar Bartsch - für Ihr Schreiben und den Bielefelder Appell!

Sie greifen eine zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft auf. Nach Jahren von Ökonomisierung und Kürzungspolitik sehen wir die verheerenden Folgen an allen Ecken und Enden. Ökonomisierung des Sozialen bedeutet nichts anderes als dass der Mensch auf der Strecke bleibt. Gespart wurde beim Personal – auf Kosten der Beschäftigten und ihrer Gesundheit – und bei der Versorgung, auf Kosten der Menschen, die auf soziale Dienstleistungen angewiesen sind.

Es braucht nicht weniger als einen „Systemwechsel“ im Sozial- und Gesundheitswesen, eine Stärkung und Neuausrichtung der sozialen Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Als LINKE unterstützen wir die Forderungen des erneuerten Bielefelder Appells. DIE LINKE ist die einzige Partei, für die gilt: Menschen vor Profite. Wir wollen Gesundheit, Pflege und alle Bereiche der Daseinsvorsorge dem Markt und der Profitlogik entziehen und sie öffentlich, demokratisch, umfassend mitbestimmt organisieren und solidarisch finanzieren.

In der Corona-Krise wurde viel geklatscht. Aber passiert ist nichts. Beifall sichert keine gute Rente und mit warmen Worten kann man keine Miete zahlen! Beschäftigte berichten mir bei Veranstaltungen immer wieder, dass Arbeitsbelastungen noch zugenommen haben.

Offensichtlich sind die Gewinne der Auto-Konzerne der Bundesregierung mehr wert als die Pflege, Betreuung und Begleitung von alten, kranken und behinderten Menschen. Das müssen wir gemeinsam ändern!

Eine Reihe ihrer Forderungen sind auch wichtige Eckpunkte in unserem Wahlprogramm. Darunter möchte ich hier nur exemplarisch herausgreifen:

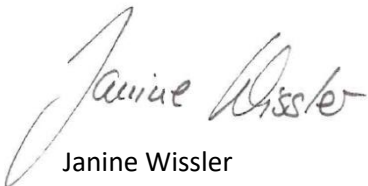
- *Aufwertung* der Arbeit mit den Menschen. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – das heißt für uns: höhere Löhne in sozialen Dienstleistungen und Schließung der Lohnlücke gegenüber der Industrie. Wir setzen uns für mehr Personal statt Überstunden und Dauerstress ein. Für alle Bereiche der Pflege fordern wir eine Lohnerhöhung von 500 Euro/Monat als Schritt hin zu einer angemessenen Bezahlung der harten Arbeit.

- *Gute statt prekäre Arbeit. Mehr Personal statt Dauerstress und Überstunden.* Prekäre Arbeit wie sachgrundlose Befristungen, kapazitätsorientierten Verträgen und Minijobs wollen wir abschaffen. Wir machen Druck für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Nur so kann die gesellschaftlich unverzichtbare und (überdies klimaschonende) Arbeit in der sozialen Daseinsvorsorge in Zukunft attraktiv für junge Menschen sein.
- *Gerechte Finanzierung.* Für höhere Löhne, mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen braucht es eine starke und sichere Finanzierungsgrundlage, die sich an den pflegerischen und pädagogischen Bedarfen orientiert. Hier ist der Staat in der Pflicht: es muss deutlich mehr investiert werden. Wir setzen uns als einzige Partei dafür ein, dass jedes Jahr über 30 Milliarden mehr in das Gesundheits- und Sozialwesen investiert werden.
Das Fallpauschalen-System-DRG muss durch eine bedarfsorientierte Finanzierung ersetzt werden. Eine wichtige Grundlage ist zudem die solidarische Finanzierung der Gesundheits- und Pflegeversicherung: alle Bürgerinnen und Bürger sollten gemäß ihrem Einkommen einzahlen – auch Millionäre, Politiker*innen und Beamte. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind nicht dafür da, Profite zu machen. Wir wollen Privatisierungen rückgängig machen und einen Re-Kommunalisierungsfonds auflegen.
- *Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ist der Lackmustest* für die neue Bundesregierung. Der Millionär muss endlich angemessen Steuern bezahlen, damit die Pflegekraft, Erzieherin und Sozialarbeiterin gerecht bezahlt werden kann! Nur mit einer Vermögenssteuer werden wir die dringend benötigten Antworten auf die Klimakrise sozial gerecht finanzieren können.

Klar ist: um diesen Forderungen ordentlich Nachdruck zu verleihen, braucht es eine starke LINKE im Bundestag. Dafür werde ich mich gemeinsam mit Dietmar Bartsch und unseren aktiven Mitgliedern in den nächsten Wochen mit all unserer Kraft einsetzen. Gemeinsam können wir etwas verändern und das Land gerechter machen!

Ich wünsche Ihnen viel Kraft für Ihre wichtige Arbeit!

Mit solidarischen Grüßen



Janine Wissler

Antworten auf die Wahlprüfsteine von 29 Betriebsräten und Mitarbeitendenvertretungen des Bielefelder Appella anlässlich der Bundestagswahl 2021



1. Ökonomische Faktoren in der Arbeit mit Menschen dürfen nicht mehr im Vordergrund stehen, die Finanzierung muss wieder allein an den pädagogischen und pflegerischen Bedarfen der zu Betreuenden und der Qualität der Betreuung ausgerichtet werden?

Pflegeleistungen sollen nach Pflegediagnosen und damit entsprechend des Patient*innennutzens sowie ihrer Qualität vergütet werden, sodass es sich für Krankenhäuser lohnt, in gute Pflege zu investieren und sich zugleich die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte verbessern (siehe hierzu auch BT-Drs. 19/24378 und 19/27830).

2. Nachholende Investition in die Daseinsvorsorge heißt anständige Gehälter in allen Arbeitsfeldern durch einen Tarifvertrag Soziales bzw. durch eine Orientierung aller Entgeltordnungen am Referenztarif im TvÖD als Mindestgehalt? Schrittweise Anhebung der Gehälter an das Niveau in der Industrie?

Wir GRÜNE wollen die Tarifbindung erhöhen und dafür sorgen, dass gerade in sozialen Berufen die Gehälter steigen. Bei der öffentlichen Vergabe sollen die Unternehmen zum Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten. Insbesondere in der Altenpflege halten wir einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag mit attraktiven Löhnen und Arbeitszeiten für notwendig.

3. Gesetzlich verankerte, fachkraftbezogene Standards für die Personalbemessung müssen in allen sozialen Arbeitsfeldern festgelegt werden? An deren Verhandlung müssen Mitarbeiterinnen aus der Praxis beteiligt werden?

Wir GRÜNE streben eine umfassende Pflegereform an und wollen einen breiten Beteiligungsprozess starten. Eine wissenschaftlich basierte, verbindliche, bedarfsgerechte Personalbemessung wollen wir in allen Pflegebereichen einführen. Internationale Studienergebnisse liegen hierzu vor. Zur Absicherung einer bedarfsgerechten Personalausstattung ist ein umfassendes Maßnahmenpaket erforderlich, welches auch bessere Arbeitsbedingungen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie mehr eigenverantwortliches Arbeiten von Fachkräften ermöglicht.

4. Privatisierungen in der Daseinsvorsorge von Pflege, Bereuung und Begleitung werden nicht mehr zugelassen?

Eine verbindliche Landeskrankenhausplanung, kann die öffentlichen Versorgungsinteressen an Grund-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung definieren. Das Angebot muss sich am Bedarf orientieren. Dabei hat die flächendeckende, erreichbare Grundversorgung der Bevölkerung einen eigenen Stellenwert. Die Gemeinwohlorientierung im Gesundheitswesen soll gestärkt und der Trend hin zu Privatisierung umgekehrt werden. Außerdem wollen wir Kommunen stärken, Pflegeangebote zu planen und zu gestalten.

5. Reduzierung der Arbeitszeit in den sozialen Arbeitsfeldern auf 35-Stunden bei vollem Lohnausgleich?

Wir GRÜNE können uns eine 35h-Woche in besonders belastenden sozialen Berufen vorstellen. Kürzere tarifliche Arbeitszeiten begrüßen wir sehr, denn sie bieten die Chance, Arbeit gerechter zu verteilen und Arbeitnehmer*innen zu entlasten. Wir wollen Beschäftigte in Branchen, in denen die Belastung besonders hoch ist, mit besseren Arbeitsbedingungen unterstützen. Darüber hinaus sollen alle die Möglichkeit bekommen, ihre Arbeitszeit stärker mitzugestalten. Arbeit muss ins Leben passen.

6. Einstellung der Systeme der Fallpauschalen (diagnosis-related-groups - DRG und dem PEPP) im Krankenhaus und Psychiatrie?

Wir GRÜNE wollen das System der Krankenhausfinanzierung weiterentwickeln. Dazu gehört, ergänzend zu den DRGs, eine fallzahlunabhängige Finanzierung von erforderlichen Vorhaltekosten. Außerdem wollen wir die Investitionsfinanzierung reformieren.

7. Wiederherstellung der Vermögens- und Unternehmensbesteuerung vor 2000 zur Verbreiterung der kommunalen und länderspez. Finanzierungsbasis (für Eingliederungshilfe u.a. komm. und länderfinanzierte Leistungen)?

Zur Finanzierung der wachsenden Bildungsausgaben der Länder setzen wir GRÜNE uns für eine Vermögensteuer auf sehr hohe Vermögen ein. Aber auch darüber hinaus benötigen Kommunen eine ausreichende aufgabengerechte Finanzausstattung. Um die Finanzierungsbasis zu verstetigen und zu erweitern, wollen wir Selbständige und Freiberufler ebenfalls in die Gewerbesteuer einbeziehen. Eine Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer soll dabei ermöglicht werden.

8. Bürgerversicherung auf alle Einkommensarten ohne Bemessungsgrenze für GKV-finanzierte Leistungen (Krankenhaus etc.)

Unser Ziel ist die Bürgerversicherung, sie steht aus unserer Sicht für Solidarität und Gerechtigkeit, Vielfalt und Qualität. Gesetzlich und privat Versicherte sollen sich an der solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung beteiligen. Dazu gehört auch die Einbeziehung weiterer Einkommensarten und die schrittweise Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Eine Abschaffung der Bemessungsgrenze halten wir GRÜNE aus verfassungsrechtlichen Gründen für nicht umsetzbar.